Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Beste Bezugsquelle für
Illuminationslaternen u. Kinderlampions
Oscar Fischer, am See 21, Kotillonfabrik.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg., Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38.

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Weltruf!
Haupt-Niederlage bei
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstrasse 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Reinste u. mildeste aller Toilette-Seifen!
Dresden Guthmann's **Cosmos-Seife**
Ist die beste für den Teint. Stück 25 Pfg.
Hochfein parfümiert. Zu haben in all. einschl. Geschäften.

Vorzüglich sind Gummischläuche mit Mungel.
E. Böhme's rother Gartenschlauch.
Telefon I 3844.
C. Böhme, 13 Ferdinandstr. Dresden-A.

Fussmaschinen für Platt-, Klumpfüsse, krumme, X-, verkürzte, gelähmte, kraftlose Beine, Knie- u. Hüftstützmaschinen, Kniestreckmaschinen, für Hüftgelenk-Entzündung u. Verrenkung etc. fertigt als Spezialität **Bandagist** und **Orthopäd**
M. H. Wendschuch sen., nur **Marienstr. 22b** im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11–12 Uhr.

Nr. 163. **Spiegel:** Graf Posadowsky und Sozialpolitik. Mittelstandsvereinigung. Kunstgewerbe-Ausstellung. Schriftvergleichung. Genfer Konvention, Rumänien u. Griechenland. Zu Frau Gasnys Abschied. | Mutmaßl. Witterung: **Mild, bedeckt.** | **Sonnabend, 16. Juni 1906.**

Graf Posadowsky und die deutsche Sozialpolitik.

Wer den vor einiger Zeit, auffälligerweise unmittelbar nach dem Schlusse der Reichstagsverhandlungen, aufgetauchten Gerüchten von dem angeblichen Rücktritt des Grafen Posadowsky irgendwie Glauben beimaß, hat sich weder als ein aufmerksamer Beobachter der sattsam bekannten Vorgänge kurz vor dem Auseinandergehen des Reichstags, noch als ein guter Kenner des Charakters unserer Reichsverwaltung erwiesen. Wenn etwas geschehen und geeignet sein konnte, die Mißverständnisse und Gegensätze, die sich in sozialpolitischen Fragen zwischen dem Staatssekretär des Innern und einem Teil der Konservativen ergeben haben, in den Hintergrund treten zu lassen, so wurde das bewirkt durch die entschiedene Art, mit der der Stellvertreter des Reichskanzlers sich für den Oberst von Deimling einsetzte und denen entgegentrat, die vor lauter Parlamentarismus-Herrlichkeit aller menschlichen Empfindung, allen Eigenschaften des Menschenkenners so fremd geworden sind, daß sie die selbstverständlichen Ueberlegungen und Erwägungen, die zu gunsten des für seine Aufgaben und Pflichten begeisterten Offiziers sprechen mußten und die Graf Posadowsky in das rechte Licht rückte, nicht selbst anstellen konnten! Auch sonst hat Graf Posadowsky, indem er sich in den Fragen der Baumittel für die Eisenbahn und der Ansiedler-Entschädigung vorbehaltlos an die Seite der von Staudy, von Richthofen und von Arnim stellte, gewiß dazu beigetragen, ein gutes Stück der in der konservativen Partei herrschenden Verstimmung in freundlichere Empfindungen, wenn nicht in Sympathien umzuwandeln. Aber auch die Erwägung, daß die Reichsverwaltung, wie weitaus die meisten Beamten und Körperschaften in Deutschland, zwar einen konservativen Charakter trägt, aber doch, entsprechend dem Wesen der inneren Reichspolitik und der Zusammensetzung des Reichstages, stark mit sozialen Anschauungen und Strömungen durchsetzt ist, hätte die Behauptung von einem Ausscheiden des Staatssekretärs des Innern aus dieser Körperschaft, deren Seele und geistiges Oberhaupt bei zahllosen schwierigen Fragen gerade er ist, im gegenwärtigen Zeitpunkt als eine Ausgeburt der Phantasie erscheinen lassen müssen.

Die vorübergehend erregte öffentliche Meinung hat sich denn auch wieder beruhigt. Für das freiwerdende Oberpräsidium der Provinz Sachsen, auf das sich angeblich der amtsmüde „Graf im Bart" zurückziehen sollte, ist „ein anderer" gefunden, und wohl nicht ohne Grund ist die Einladung des Kaisers an den Grafen Posadowsky zur Teilnahme an der Stiftungsfeier des Lehr-Infanterie-Bataillons in Potsdam als eine absichtlich berichtigende und aufklärende Antwort auf die erwähnten grundlosen Gerüchte gedeutet worden. Schließlich ergibt sich der einfache Schluß von selbst, daß gerade jetzt, wo Fürst Bülow voraussichtlich noch längere Zeit eine Beschränkung seiner Amtsgeschäfte sich gefallen lassen muß, der in einem halben Menschenalter erprobte und bewährte Stellvertreter des Reichskanzlers vollends unentbehrlich ist.

Bleiben noch die inneren Gründe, die einen Rücktritt des Grafen Posadowsky wahrscheinlich und für gewisse politische Kreise wünschenswert machen sollen. Hier zu einem Urteil zu gelangen, ist nicht möglich, ohne der deutschen Sozialpolitik, dem eigentlichen Arbeits- und Schaffensgebiet des Staatssekretärs des Innern, eine kurze Betrachtung zu widmen. Wesen und Ziele der deutschen Sozialpolitik sind bekannt; sie sind ebenso wie die Grundsätze und Richtlinien der kaiserlichen Botschaft vom 17. November 1881, auf der unsere gesamte sozialpolitische Gesetzgebung beruht, Gemeingut des deutschen Volkes geworden. Gemeingut des deutschen Volkes auch in praktischem Sinne! Denn wer wollte heute behaupten oder glauben, daß es möglich wäre, die Verhältnisse und Einrichtungen, die auf dieser Gesetzgebung beruhen, rückgängig zu machen! Und wenn es wirklich möglich wäre, würden die entschiedensten Bedenken dagegen geltend gemacht werden müssen, damit es nicht geschähe. Niemand, der die Dinge sieht, wie sie sind, denkt auch daran, einen derartigen Rückschritt zu tun, denn niemandem kann verborgen sein, daß Deutschland damit von der freien Höhe, die es wirtschaftlich und politisch erstiegen hat, sich selbst in die dunklen Tiefen der Unzufriedenheit, der geistigen und materiellen Verarmung hinabstürzen würde. Sein heutiges Ansehen in der zivilisierten Welt verdankt Deutschland, das darf nicht vergessen werden, nicht bloß seinen militärischen, seinen wissenschaftlichen und den technisch-industriellen Leistungen. Vielleicht ebenso viel hat zu seiner Wertschätzung der Umstand beigetragen, daß es dem Deutschen Reiche gelungen ist, ein Werk der Volkswohlfahrt und Volksfürsorge zu schaffen, das nirgends sonst auch nur entfernt seinesgleichen gefunden hat, für alle Staaten aber, die denselben Weg beschreiten, vorbildlich werden wird. Das eine kann jedenfalls mit völliger Gewißheit behauptet werden: Deutschlands sozialpolitische Gesetzgebung hat die germanische Vormacht an die Spitze der Kulturstaaten gestellt und ihr dadurch wertvolle ideelle und materielle Vorteile zugewandt, zugleich aber auch Pflichten auferlegt, denen sie sich, ohne den Besitz des Ehrenplatzes und kostbare Werte der Volkswohlfahrt in Frage zu stellen, auf die Dauer nicht entziehen kann.

Damit ist schon die Frage beantwortet, ob die deutsche Sozialpolitik bei dem Erreichten stehen bleiben darf. Unzweifelhaft darf das nicht geschehen. „Ich glaube nicht", so hat Fürst Bismarck am 2. April 1881 im Reichstage gesprochen, „daß mit der sozialen Frage, die seit 50 Jahren vor uns schwebt, unsere Söhne und Enkel vollständig ins Reine kommen werden." Seine Annahme hat sich als richtig erwiesen. Der heutige Zustand der sozialen Einrichtungen wird weder als befriedigend noch als abgeschlossen angesehen werden können, und die Frage nach dem Umfange und Charakter der sozialpolitischen Arbeit ist strittiger denn je. Kann auf der einen Seite nicht verkannt werden, daß gewisse sozialpolitische Einrichtungen fast ganz und gar sozialdemokratischer Willkür und der Herrschaft staatsfeindlicher Ideen anheimgefallen sind, daß in vielen Fällen die soziale Fürsorge die Begehrlichkeit der Massen gesteigert, das Pflichtbewußtsein und Selbständigkeitsgefühl des einzelnen herabgemindert hat, so bleibt andererseits die Frage offen, in welcher Weise sich die Dinge entwickelt hätten, wenn die Arbeiterversicherungen, die Gewerbeordnung und die sonstigen Maßnahmen für Arbeiterschutz und Arbeiterfürsorge nicht zur Einführung gelangt wären.

Wichtiger als diese Frage aber ist die andere, was in Zukunft geschehen soll. Wenn aus den erwähnten Gründen ein maßvolles Fortschreiten auf dem einmal eingeschlagenen Wege geboten scheint — die Arbeiter-Witwen- und Waisen-Versicherung ist gesetzlich festgelegt und mit dem laufenden Reichshaushaltsetat bereits in das Stadium finanzieller Konsolidierung eingetreten —, so wird andererseits unbedingt gefordert werden müssen, daß bei den bevorstehenden Reformen unserer Versicherungsgesetzgebung diejenigen Auswüchse, die den Wohlfahrts-Charakter der Fürsorge-Gebilde gefährden und ihre Wirkungen in eine vom Gesetzgeber nicht gewollte antinationale Richtung lenken, nach Möglichkeit beseitigt werden. Die bereits in der Thronrede angekündigten Vorlagen über die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine, die Herabsetzung der Frauenarbeit, weitere Bestimmungen über den Kinderschutz (z. B. gegen den Mißbrauch der Kinder für kirchliche Dienste in den katholischen Landesteilen), die Frage der Lohntarifverträge, Heimarbeitsgesetzgebung, die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz, das Hilfskassengesetz, die Vorbereitungen für das Gesetz zur Einführung der Arbeiter-Hinterbliebenenversicherung, möglicherweise auch schon die große Reform der bestehenden Versicherungsgesetze, all diese Fragen sind zur Erörterung und Entscheidung reif. Für die Zukunft des deutschen Volkes hängt viel, vielleicht alles davon ab, wie diese Aufgaben gelöst werden. Derselbe Mann, dem es gelungen ist, unter sehr schwierigen Verhältnissen neue langfristige Handelsverträge zu schaffen, mit denen Landwirtschaft, Handel und Industrie zufrieden sein können, wird hoffentlich auch die Kraft finden, die deutsche Sozialpolitik von der abschüssigen Bahn uferloser Wünsche und Forderungen auf den geraden Weg einer vorwiegend in nationalem Sinne wirkenden Fürsorge zurückzuführen, die allein den inneren Frieden verbürgen kann. Denn darüber wird sich Graf Posadowsky mit der Mehrzahl des deutschen Volkes wohl in Uebereinstimmung befinden, daß bei allen sozialpolitischen Plänen fürderhin mehr als bisher auf die Interessen der landwirtschaftlichen und industriellen Kreise Rücksicht genommen werden muß, wenn man diese wichtigsten Träger unseres modernen Wirtschaftslebens nicht mit Beitragslasten überbürden will, die, je länger, je mehr unerschwinglich sind. Auch wird die Reichsregierung nicht achtlos an der tiefgehenden Mißstimmung weitester nationaler Bevölkerungsschichten vorübergehen dürfen, die dadurch und mit Recht hervorgerufen worden ist, daß der deutsche Staatssozialismus trotz aller seiner vorbildlichen Fürsorge für das Wohl der arbeitenden Klassen zum größten Teil auf unfruchtbaren Boden gefallen ist und von der Sozialdemokratie für ihre umstürzlerischen Zwecke benützt, wie dies z. B. die Vorgänge in den Krankenkassen leider nur allzu deutlich zeigen: hier muß in Zukunft unbedingt ein kräftiger Riegel vorgeschoben werden, sonst dürfte die bürgerliche Gesellschaft in ihrem eigensten wie auch im Staatsinteresse leicht gezwungen werden, die Gefolgschaft verweigern zu müssen! Schließlich sollte sich Graf Posadowsky auch die Tatsache vor Augen halten, daß heutzutage schon ein großer Teil der Arbeiterschaft besser gestellt ist als viele Kategorien des Mittelstandes. . . . Ist ausgleichende Gerechtigkeit das höchste Prinzip des Staates, so sollte man in den maßgebenden Regierungskreisen endlich daran gehen, auch den sachlich begründeten Forderungen des Mittelstandes freundlicher und tatkräftiger — als bisher geschehen — zu entsprechen.

Neueste Drahtmeldungen vom 15. Juni.

Koloniales.

Berlin. Aus Deutsch-Ostafrika sind, entgegen der Meldung der „Schles. Ztg." über die vom Gouvernement kürzlich berichteten Unruhen in der Landschaft Uraku keine ungünstigen Nachrichten eingegangen. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist vielmehr zu erwarten, daß die Ruhe daselbst mit den im Schutzgebiete vorhandenen Polizeimannschaften wiederhergestellt werden wird.

Zur Lage in Rußland.

Petersburg. William Bryan, welcher der heutigen Sitzung der Reichsduma beiwohnte, erklärte einem Vertreter der „Petersb. Telegr.-Agentur" gegenüber, er arbeite an einem Artikel über Rußland, wohin er zum zweiten Male gekommen sei. Er wolle der Frische der Eindrücke dieses Artikels durch zu weitgehende mündliche Darlegungen seiner Ansichten nicht Eintrag tun, könne aber sagen, daß er die Analogie zwischen den demokratischen Bewegungen Rußlands und Amerikas studiere. Das russische Parlament habe auf ihn einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Die Führer der Parteien seien wahre Politiker.

Petersburg. Ueber die gestrigen Unruhen in Bjelostok wird weiter gemeldet, daß auf eine katholische Prozession eine Bombe geworfen wurde, bei deren Explosion mehrere Personen getötet wurden. Ferner wurden auf eine russisch-orthodoxe Prozession von einem Dache aus Revolverschüsse abgegeben und dabei ein Geistlicher verletzt. Da der Verdacht der Täterschaft auf die Juden fiel, überfiel die Menge die jüdischen Häuser. Infolgedessen kam es zu heftigen Krawallen, in deren Verlaufe Militär eingriff und Salven abgab. Etwa 200 Warenlager wurden dabei zerstört. Die Zahl der Opfer steht noch nicht fest. Man schätzt sie auf etwa 30 Tote und einige Hundert Verwundete. In einem Teile der Bevölkerung ist der Glauben verbreitet, daß die Urheberschaft der Unruhen den sog. schwarzen Sotnien zuzuschreiben sei, daß aber der Verdacht auf die Juden gelenkt wurde. Demgegenüber verbreitet die „Petersb. Telegr.-Agentur" folgende amtliche Darstellung aus Bjelostok: „Die gestrigen Unruhen brachen aus, als eine orthodoxe und eine katholische Prozession von einem Balkon aus durch Juden beschossen wurden. Das Militär antwortete mit Schüssen. Die Juden schleuderten auf die flüchtenden Teilnehmer der Prozession Bomben. Während der entstehenden Panik wurden Kinder niedergetreten. Ein katholischer Priester soll getötet worden sein. Das Postamt und die Rentei wurden beschossen. Der Postverkehr ist eingestellt."

Petersburg. (Priv.-Tel.) In den hiesigen Fabriken beginnen die Arbeiter, alle als Monarchisten bekannten Kameraden zu mißhandeln und aus der Arbeit zu jagen. In der kaiserlichen Branntweinraffinerie wurden mehrere Monarchisten totgeschlagen. Die Polizei wagte nicht, die Ausschreitungen zu verhindern. Am Alexander-Prospekt hielten junge Leute, auch Mädchen, unvermutet Ansprachen revolutionären Inhalts. Die Polizei forderte die Pförtner auf, ihr bei ihrem Einschreiten zu helfen, doch verweigerten diese den Gehorsam, obwohl sie kontraktlich dazu verpflichtet sind.

Zürich. (Priv.-Tel.) Die Haussuchungen bei Russen und Polen haben bedenkliche Dinge zu Tage gebracht, so ein chemisches Laboratorium zur Herstellung von Sprengstoffen, ferner eine sogenannte Dynamitschule, wo Versuche mit Sprengkörpern vorgenommen wurden, dann in russischer und deutscher Sprache abgefaßte Anleitungen zur Herstellung von Bomben. Die Polizei nahm zahlreiche Verhaftungen vor, wovon mindestens 6 aufrechterhalten werden.

Stockholm. Die hiesige Presse fährt fort, sich mit der Landung russischer Truppen auf den Alands-Inseln zu beschäftigen. „Dagens Nyheter" zufolge landeten am Dienstag das russische Panzerschiff „Asia" und mehrere Transportschiffe auf der Insel Prestö 300 Mann. An demselben Tage ist, wie das Blatt ferner meldet, Großfürst Alexander Michailowitsch von Helsingfors auf dem von vier Torpedojägern begleiteten russischen Kriegsschiffe „Almas" ebenfalls dort eingetroffen. Im Sunde zwischen Bomarsund und Prestö liegen gegenwärtig außer den genannten Schiffen das russische Panzerschiff „Finn" und vier Torpedoboote. Auf Prestö sind provisorische Wohnungen für die Soldaten errichtet worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Heute nachmittag 5 Uhr 50 Min. hat der Kaiser die Reise nach Hannover, Hamburg und zur Kieler Woche angetreten. — Der Kronprinz gibt morgen abend den Mitgliedern der Deutschen Landwirtschafts-Gesellschaft ein Festmahl im Potsdamer Stadtschlosse. — Die Feier des Ritterschlages der Johanniter-Ordens-Ritter, die am 23. d. Mts. in der Kirche in Sonnenburg, wie alljährlich, stattfinden sollte, fällt diesmal, eingetretener Hindernisse wegen, aus. Der Herrenmeister des Ordens, Prinz Albrecht von Preußen, Regent von Braunschweig, hält am 22. d. Mts. ein Kapitel des Ordens in seinem Schlosse in Camenz ab.

Berlin. (Priv.-Tel.) Der „Reichs-Anz." publiziert die Novelle zum Flottengesetz, sowie das Gesetz betreffend die Ausgabe von Reichskassenscheinen, das Gesetz betreffend die Entlastung des Reichsinvalidenfonds und das Gesetz betreffend Abänderung des Gesetzes über die Bewilligung von Wohnungsgeldzuschüssen. Diese Gesetze sind vom Kaiser unterm 5. bis 9. d. Mts. sanktioniert worden.

Berlin. (Priv.-Tel.) Die Bildung einer allgemeinen Versicherungs-Gesellschaft gegen Schäden aus Arbeitsniederlegungen ist gesichert. Die „Deutsche Arbeitgeber-Ztg." teilt mit, daß nach jahrelangen Verhandlungen die Satzungen der Gesellschaft des Vereins deutscher Arbeitgeber-Verbände zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen endgültig angenommen und die nachstehenden Korporationen ihr beigetreten seien: 1. Die Gesellschaft des Gesamtverbandes deutscher Metallindustrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, 2. die Gesellschaft des Verbandes sächsischer Industrieller zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, 3. die Gesellschaft des Arbeitgeberverbandes „Unterelbe" zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, 4. die Streikentschädigungs-Gesellschaft des Arbeitgeber-Schutzverbandes des deutschen Holzgewerbes, 5. die Gesellschaft des Verbandes von Arbeitgebern im Bergischen Industriebezirk zur Entschädigung bei Arbeitseinstellungen, 6. die Gesellschaft des Verbandes Berliner Schlossereien zur Ent-

Pramanns Erbswurst!
Pramanns Suppen! * Fabrik Radebeul i/S.